

»Prekär sieht für mich deutlich anders aus« Ein Streitgespräch

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB, und Volker Enkerts, früherer langjähriger Präsident des BAP. Moderation Prof. Dr. Katrin Prüfig

Herr Hoffmann, mehr als 50 Jahre Zeitarbeit in Deutschland, vor 49 Jahren der erste Tarifvertrag mit der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, heute ver.di, seit 2003 eine Tarifpartnerschaft mit den Zeitarbeitsverbänden, fast 100 Prozent Tarifabdeckung. Warum tun sich die Gewerkschaften trotzdem mit dieser Beschäftigungsform immer noch so schwer?

HOFFMANN Leiharbeit ist eine Beschäftigungsform, die mit häufigen Wechseln der Arbeitsplätze einhergeht. Dies wird von den Beschäftigten als belastend empfunden. Oft müssen Leiharbeiter die unangenehmeren oder schwereren Arbeiten machen, sie erleiden häufiger Arbeitsunfälle. Dieses Risiko muss sich in der Bezahlung ausdrücken. Auch deswegen müssen wir den Tarifvertrag weiterentwickeln. Trotz der im Tarifvertrag vereinbarten Lohnzuschläge hat sich das Lohnniveau – auch für vergleichbare Tätigkeiten – noch nicht ausreichend an die übrigen Beschäftigten angeglichen. Allerdings konnten wir in der aktuellen Tarifrunde den Abstand der untersten Lohngruppe zum gesetzlichen Mindestlohn vergrößern. Das ist ein erster Schritt.

Herr Enkerts, was sagen Sie zu diesen Kritikpunkten der Gewerkschaften?

ENKERTS Ich gebe Herrn Hoffmann Recht, dass wir gemeinsam die Tarifverträge für unsere Branche weiterentwickeln sollten, denn wir können es besser als der Gesetzgeber, die Arbeitsbedingungen in unserer Branche zu gestalten. Was die Arbeitsunfälle betrifft, so hat uns die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft gerade erst attestiert, dass es unserer Branche »gelungen« ist, die Unfallquote innerhalb von zehn Jahren »um 1/3 zu senken«. Wir sind also auf einem guten Weg, was von den Gewerkschaften auch ruhig einmal gewürdigt werden könnte. Und die Kritik über die häufigen Arbeitsplatzwechsel versetzt mich doch in Erstaunen, denn wenn unsere Mitarbeiter länger bei Kunden eingesetzt werden, heißt es dann nämlich, dass durch Zeitarbeit Stammbeschäftigung verdrängt werde. Offenbar können wir es den Gewerkschaften nicht recht machen.

Können Sie das nachvollziehen, Herr Hoffmann, dass die Zeitarbeitsverbände wenig erfreut darüber sind, dass sie ausgerechnet von ihrem eigenen Sozialpartner immer wieder scharf angegriffen, ihre Arbeitsplätze als prekär bezeichnet und gesetzliche Einschränkungen gefordert werden?

HOFFMANN Unser Leitbild für alle Beschäftigte ist Gute Arbeit. Dafür setzen wir uns ein. Ich verstehe den Gedanken der Arbeitgeber in der Leiharbeit, die sich gern als ganz normale Branche begreifen wollen. Aber dafür müssten sie dann auch bereit sein, am Verhandlungstisch mit uns über deutliche Verbesserungen zu sprechen. Ein Blick in die gängigen Tarifverträge anderer Branchen zeigt da nach wie vor deutliche Unterschiede. Deshalb stufen wir Leiharbeit weiterhin als vorübergehende Tätigkeit ein. Das hören die Verleiher nicht gerne, aber eine Gesellschaft von Arbeitsnomaden wollen wir nicht. Ob eine Beschäftigung als prekär bezeichnet wird, ist keine Auslegungssache der Gewerkschaften. Leiharbeit weist viele Merkmale von prekärer Arbeit auf. Sie ist unsicher, die Risiken tragen einseitig die Beschäftigten, das Unfallrisiko ist größer und die Zahl der sogenannten Aufstocker ist deutlich höher als bei anderen Beschäftigten. Auf diese Probleme müssen wir als Gewerkschaften hinweisen.

Was können Sie mit dem Begriff »prekär« für Beschäftigungsverhältnisse in Ihrer Branche anfangen, Herr Enkerts?

ENKERTS Ehrlich gesagt, gar nichts! Die Tarifabdeckung in der Zeitarbeit liegt bei fast 100 Prozent – Tarifverträge, die mit Ihren Gewerkschaften und sogar unter Ihrer Federführung abgeschlossen worden sind, Herr Hoffmann. Die von den Sozialpartnern vereinbarte Lohnuntergrenze für Zeitarbeitskräfte liegt deutlich über dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. 93 Prozent unserer Mitarbeiter sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, während es auf dem Gesamtarbeitsmarkt mit 87 Prozent sichtbar weniger sind. Außerdem unterliegt Zeitarbeit vollständig dem allgemeinen deutschen Arbeitsrecht und wird zusätzlich noch durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geregelt sowie durch die Bundesagentur für Arbeit und den Zoll auf Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Vorgaben kontrolliert. Im Übrigen hat die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft, also die gesetzliche Unfallversiche-

rung für Zeitarbeitskräfte, gerade erst festgestellt, dass das Unfallgeschehen in unserer Branche rückläufig ist, die Zahl der schweren Unfälle seit 2008 um sage und schreibe 20 Prozent gesunken ist und – wie schon gesagt – insgesamt die Unfälle um ein Drittel abgenommen haben. Prekär sieht für mich deutlich anders aus.

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die Zeitarbeit die meisten Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt integriert. Nicht allen in den Gewerkschaften gefällt das. Wie stehen Sie dazu, Herr Hoffmann?

HOFFMANN Das stimmt, Geflüchtete und Langzeitarbeitslose finden über Leiharbeit eher Zugang zu Unternehmen als über andere Wege. Verleiher und Entleiher müssen aber mehr tun, damit diese Gruppen längerfristig eingegliedert werden. So können beispielsweise Weiterbildungen vereinbart werden, die zudem auch noch von der Bundesagentur für Arbeit finanziell unterstützt werden. Das geschieht auch, aber viel zu wenig. Gerade bei der Gruppe der Geflüchteten gibt es große Potenziale, die nicht genutzt werden. Die Menschen bringen oft gute Voraussetzungen mit. Da müssen alle Verantwortung übernehmen.

Herr Enkerts, wie nachhaltig ist eigentlich die Beschäftigung in der Zeitarbeit?

ENKERTS Dazu gibt es inzwischen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, der aufsichtsführenden Behörde für die Zeitarbeit. 52 Prozent aller Zeitarbeitskräfte sind mehr als neun Monate in der Branche beschäftigt, 32 Prozent sogar anderthalb Jahre und mehr. Außerdem hat die Bundesagentur für Arbeit auch herausgefunden, dass 75 Prozent der vormals arbeitslosen Zeitarbeitskräfte immer noch in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind, und folgert wörtlich daraus, dass diese Menschen durch die Zeitarbeit »offenbar auch längerfristig ihre Erwerbslosigkeit beenden« konnten. Angesichts der Tatsache, dass die Bundesagentur für Arbeit ebenfalls festgestellt hat, dass »offenkundig eine nennenswerte Zahl von Personen aus der Arbeitnehmerüberlassung zu einem anderen Arbeitgeber« wechselt, ist die Beschäftigung in unserer Branche weit nachhaltiger als gemeinhin geglaubt wird.

Der Randstad-Betriebsrat hat öffentlich darauf hingewiesen, dass die Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes aus März 2017 mit einer Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten und Equal Pay nach neun Monaten den Zeitarbeitskräften mehr schadet als nützt. Wie stehen Sie zu dieser Kritik, Herr Hoffmann?

HOFFMANN Eine solche Äußerung des Gesamtbetriebsrates ist mir nicht bekannt. Allerdings haben wir als Gewerkschaften auf dieses Problem hingewiesen. Bei der Gesetzgebung wurde auf Druck der Verleih-Branche verhindert, dass die Beschäftigten nach 18 Monaten in den Entleihbetrieb übernommen werden müssen. Bei einem Teil gelingt dies, aber bei der großen Masse nicht, stattdessen werden andere Leiharbeiter beschäftigt oder die Arbeit wird anders verteilt. Das führt zu Unmut. Wenn jemand 18 Monate als Leiharbeiter auf dem gleichen Arbeitsplatz gearbeitet hat, ist dies ein deutliches Zeichen, dass es um einen Dauerarbeitsplatz geht. Deswegen sollte der Gesetzgeber dies klarstellen, dann gibt es auch keine Probleme.

Mit Tarifierhebungen über dem Durchschnitt, Branchenzuschlägen bis zu 67 Prozent und dem gesetzlichen Equal Pay-Anspruch hat sich die Dienstleistung Zeitarbeit in den letzten Jahren deutlich verteuert. Gut für die Zeitarbeitnehmer, aber wie reagieren Ihre Kunden darauf, Herr Enkerts?

ENKERTS Als Ende 2012 die ersten Branchenzuschlagstarifverträge griffen, konnten wir beim IW-Zeitarbeitsindex, den der BAP zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln erhebt, einen leichten Rückgang bei den Zahlen der Zeitarbeitskräfte feststellen. Diese kleine Delle war aber nach wenigen Monaten wieder ausgeglichen. Dass sich Zeitarbeit in den letzten Jahren spürbar für die Kundenunternehmen verteuert hat, ist nach meiner Einschätzung vor allem durch zwei Faktoren abgefedert worden: Erstens durch das jahrelange Wirtschaftswachstum, für das die deutsche Wirtschaft einfach permanent Personal benötigte, und zweitens durch den vom demografischen Wandel ausgelösten Rückgang an potentiellen Erwerbstätigen, sodass die Kosten für Personalgestellungen in den Hintergrund gerückt sind. Sprich: Unsere Kunden sind nicht mehr so kostensensibel wie noch zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Ob das aber auch noch trägt, wenn sich die Konjunktur merklich abkühlen wird, bleibt abzuwarten.

Kleiner Rollentausch: Was ist gut an der Zeitarbeit, Herr Hoffmann, und was ist schlecht daran, Herr Enkerts?

HOFFMANN Mit der Leiharbeit können Auftragsspitzen abgefangen werden, Krankheitszeiten oder andere Ausfallzeiten überbrückt werden. Hier kann die Leiharbeit eine sinnvolle arbeitsmarktpolitische Funktion übernehmen.

ENKERTS Zeitarbeit ist nicht für Menschen geeignet, die die tägliche Routine haben wollen und sich nicht so gut auf neue Situationen und Kollegen einstellen können, sondern ihr gewohntes Arbeitsumfeld brauchen.

Lassen Sie uns zum Schluss einen Blick in die Zukunft werfen. Welche Entwicklungen für die Zeitarbeit wünschen Sie sich in den nächsten 10 Jahren?

HOFFMANN Wir wünschen uns, dass Leiharbeit zukünftig Gute Arbeit für die Beschäftigten bedeutet. Ich wünsche mir, dass die Arbeitgeber mehr Verantwortung für die Stabilität der Beschäftigung übernehmen. Deswegen braucht es neben einer spürbaren Erhöhung der Einkommen auch eine Verstetigung des Einkommens der Beschäftigten in der verleihsfreien Zeit. Wir haben in anderen Branchen gute Beispiele, wie so etwas ausgestaltet werden könnte. Wie ernst es den Arbeitgebern damit ist, ihre Branche auch unter dem Stichwort der Fachkräftesicherung zukunftsfähig aufzustellen, können sie in der nächsten Tarifverhandlung wieder unter Beweis stellen.

ENKERTS Ich wünsche mir, dass die Diskussionen um die Zeitarbeit sachlich und nicht mit Scheuklappen geführt werden. Deswegen führt der BAP auch schon seit mehreren Jahren den »Praxistest Zeitarbeit« durch, bei dem sich Politiker bei den Personaldienstleistern in den Unternehmen selbst ein Bild von der täglichen Praxis unserer Branche machen können. Und ich wünsche mir Anerkennung dafür, dass sich unsere Branche weiterentwickelt und so manche »Kinderkrankheit« abgestellt hat – übrigens auch in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bei den Tarifverträgen.